

# Kongress «1000 Städte für Europa» in Innsbruck

9. November 2001

## "Im Reichtum der Vielfalt liegt die Stärke der Europäischen Union"

Referat des Präsidenten der Europäischen Union, Romano Prodi

Innsbruck, 9. November 2001



Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bin dankbar für diese erste Gelegenheit, mit den Bürgermeistern von ganz Europa über die Zukunft der Europäischen Union und Ihre immer wichtigere Rolle beim „europäischen Projekt“ sprechen zu können.

Heute möchte ich auf drei zwar getrennte, aber eng miteinander verknüpfte Aspekte der Zukunft der Europäischen Union eingehen:

1. die Erweiterung der EU
2. die neue Form europäischen Regierens (governance);
3. die Debatte über die Zukunft Europas, die in einen neuen Unionsvertrag münden wird.

1.

Zunächst also zur *Erweiterung*, dem emotional wie politisch wichtigsten Kapitel europäischer Geschichte, das wir im Begriff sind zu schreiben.

Die Europäische Union bereitet sich darauf vor, in nächster Zeit ein Dutzend neue Mitgliedstaaten in ihren Kreis aufzunehmen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass es sich dabei um ein Projekt von historischer Tragweite handelt. Zum ersten Mal in der Geschichte wird ganz Europa in Freiheit und Demokratie vereint sein. Alle Völker des Kontinents können in einem Europa zusammenleben, in dem Frieden und Sicherheit herrschen, in dem die Menschenrechte und der Rechtsstaat respektiert werden.

Die europäische Integration ist im Grunde die erste „sanfte Revolution“ des 21. Jahrhunderts, mit der Vorstellungen und Einstellungen überwunden werden können, die die europäische Geschichte jahrhundertlang geprägt haben. Vor allem kann die ausschließliche Identifizierung mit einer bestimmten Staatsbürgerschaft, Gesellschaft, Gemeinschaft, Nation und einem bestimmten Staat überwunden werden. In Europa ist man gleichzeitig Bürger seiner Heimatgemeinde, seiner Region, seines Heimatlandes und Bürger der Union. Bestimmte historisch staatliche

Funktionen werden auf eine völlig neue und originelle Weise auf supranationaler Ebene wahrgenommen. Auch das ist neu.

Parallel dazu vollzieht sich in Ländern, die seit langem zentralistisch geprägt sind, eine starke Dezentralisierung, um den neuen politischen Anforderungen und historischen Besonderheiten der regionalen und lokalen Gemeinschaften Rechnung zu tragen.

In wenigen Jahren wird unsere Union über 500 Millionen Menschen umfassen. Ihre Grenzen werden vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer, vom Polarkreis bis zum Mittelmeer reichen. Das ist etwas außerordentliches, auch wenn 500 Millionen Menschen gerade einmal ein Drittel der Bevölkerung von China ausmachen.

Die Beitrittsverhandlungen kommen gut voran, sie liegen zeitlich in Plan. Die Fortschritte haben sich in politischer, institutioneller und wirtschaftlicher Hinsicht konsolidiert. Das größte *demokratische* Globalisierungsprojekt der Geschichte nimmt feste Gestalt an. Unser Ziel ist es, die Verhandlungen mit den am besten vorbereiteten Beitrittskandidaten schon bald abzuschließen, so dass sie noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 der Europäischen Union beitreten können.

Die Erweiterung der Union ist eine politische und historische Aufgabe von fundamentaler Bedeutung, und die von mir geleitete Kommission hat dieser Erweiterung absolute Priorität eingeräumt, weil sie sich der tiefen Bedeutung dieses Prozesses bewusst ist. Und wir schätzen die Arbeit, welche zwölf Parlamente trotz ihrer internen Spannungen für die Vereinigung unseres Kontinentes leisten. Auch das hat es in der Geschichte noch nicht gegeben.

Doch Achtung, die Erweiterung muss parallel zu einer wirklichen *Politik der Solidarität* gegenüber unseren *neuen Nachbarn* vonstatten gehen, von denen manche hoffen, eines Tages ebenfalls den Status eines Beitrittskandidaten zu erhalten. Ich denke dabei besonders an die *westlichen Balkanländer*. Unsere Europäische Union ist dabei, zu einer wirklich kontinentalen Union zu werden. Im Übrigen können die Konflikte und Spaltungen, die nun schon allzu lange eine harmonische politische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder verhindern, nur durch eine europäische Lösung endgültig und dauerhaft überwunden werden.

Auch hier verfolgt die EU eine neue Politik der Öffnung, die auf eine schrittweise Integration dieser Länder in die Europäische Union abzielt und die regionale Zusammenarbeit nach europäischem Modell in der Vordergrund stellt.

Wie ich schon so oft gesagt habe, konnte mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft die Überzeugung überwunden werden, man könne den Frieden durch Grenzverschiebungen und Umsiedlungen sichern. Es hat zu viele Kriege, zu viele Konflikte gegeben, als dass man heute noch glauben könnte, Frieden und Wohlstand wären gesichert, wenn Staat und Nation zusammenfallen. Europa relativiert und überwindet die Grenzen, erleichtert die Mobilität und den freien Meinungsaustausch, den Dialog und Auseinandersetzung.

Nicht die Grenzen, sondern das Bekenntnis zu gemeinsamen Grundprinzipien gewährleistet nationale, regionale und lokale Vielfalt und Besonderheit in der Europäischen Union. Eine Union der Vielfalt, also eine Allianz von Minderheiten. Die schönste Definition der EU ist: es ist eine Union von Minderheiten. Niemand ist Mehrheit. In Europa gehören wir nämlich alle zu einer „Minderheit“, und aus unserem Zusammenschluss gewinnen wir die Kraft, mit der wir unseren Völkern Ordnung, Frieden und Prosperität sichern und einen Beitrag zur Steuerung des Weltgeschehens leisten können.

Im Rahmen dieser allgemeinen Strategie für die Balkanländer bieten wir den Regierungen konkrete Unterstützung. In *Albanien*, in *Bosnien-Herzegowina*, in *Kroatien* pflegen wir ständige, starke und immer umfassendere Formen der Zusammenarbeit, ebenso in *Serbien* und *Mazedonien*. Oft handelt es sich um kleine Projekte, mal sind es auch größere, aber *immer* geht es uns um Projekte, bei denen wir mit den verschiedenen Ländern und Regionen zusammenarbeiten.

Auch Sie, liebe Bürgermeister, können und müssen zum Erfolg der Erweiterung beitragen. Ich denke dabei vor allem an die *Information* der Bevölkerung, an das Gespräch, an die Beziehung, die Sie ständig mit der Bevölkerung pflegen.

Eine Erweiterung solchen Ausmaßes, mit der sich die Zahl der Mitgliedstaaten beinahe verdoppeln wird, hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie Rückhalt in der Bevölkerung findet. Die Leute müssen verstehen, dass sie von der Erweiterung nichts zu befürchten haben, sondern vielmehr durch die Erweiterung vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. Wir müssen den Menschen das nötige Werkzeug an die Hand geben, damit sie verstehen, dass die Erweiterung Vorteile in Form von mehr Beschäftigung, sozialer Entwicklung und Wirtschaftswachstum, ökologischem Gleichgewicht, vor allem aber Sicherheit bringen wird. Sicherheit lässt sich nicht länger durch eine unmöglich gewordene Abkapselung erreichen, sondern durch eine immer umfassendere und engere Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern. Es gibt keine italienische Sicherheit, oder eine deutsche oder eine österreichische.

Daher muss eine nachdrückliche Kommunikationskampagne eingeleitet werden, die auf Ihr konkretes Engagement angewiesen ist. Sie als Vertreter Ihrer Stadt bringen die idealen Voraussetzungen dafür mit, dass alle Bürger von dieser Botschaft erreicht werden und dass jeweils diejenigen Informationen in den Vordergrund gerückt werden, die den speziellen Bedürfnissen der Bürger entsprechen.

## 2.

Diese Einladung zu einer echten Zusammenarbeit zwischen den Lokalbehörden und den europäischen Institutionen leitet zum zweiten Aspekt über, auf den ich heute eingehen möchte, nämlich die *europäische „Governance“*, also europäisches Regieren.

Um für die Erweiterung gewappnet zu sein, muss sich die Union konsolidieren und tiefere Wurzeln schlagen. Wir müssen uns zum Ziel setzen, allen europäischen Bürgern – in den derzeitigen Mitgliedstaaten wie auch in den Beitrittsländern – zutiefst das Gefühl zu geben, dass die Union ihnen gehört.

Wie müssen zur Überzeugung gelangen, dass die europäische Familie daran arbeitet, eine gemeinsame Zukunft mit Hilfe wirksamer Aktionen aufzubauen. Das Ziel liegt in Reichweite, unter der Bedingung, dass die Union offener und demokratischer wird und ein offenes Ohr für die Peripherie und die Basis hat.

Diese demokratische Öffnung wird ohne Ihre Unterstützung nicht möglich sein. Sie als gewählte lokale Vertreter der europäischen Bürger haben die Aufgabe, Europa in die reale Welt, in den Alltag hineinzutragen. Sie befinden sich in der einmaligen Lage, Basisdemokratie aufbauen zu können, und insofern haben wir viel von Ihnen zu lernen, damit die regionale und lokale Demokratie in Europa gestärkt wird.

Zusammen mit Ihnen will die Kommission ein neues, offeneres System europäischen Regierens einführen. Dabei geht es uns keineswegs darum, alle Fäden der Macht in Brüssel zu bündeln; was uns vorschwebt, ist vielmehr eine *Dezentralisierung* auf die niedrigst mögliche Ebene, um die Bürger dazu zu

bewegen, sich Europa ganz zu eigen zu machen. Mit anderen Worten, wir wollen Europa von der Basis her weiterentwickeln.

Dies ist die eigentliche Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips, nämlich in erster Linie Anerkennung der Rolle und Würde jedes einzelnen Bürgers.

Zu den Prioritäten, die ich zu Beginn meiner Amtszeit für die neue Kommission aufstellte, gehörte die Förderung *neuer Formen europäischen Regierens*, um nach anderen Wegen für den Aufbau Europas zu suchen, nach alternativen Lösungen, die den Erwartungen der Bürger eher entsprechen.

Ich bin davon überzeugt, dass unser langfristiges Ziel darin bestehen muss, dafür zu sorgen, dass Europa als ein Netzwerk funktioniert, das alle Regierungsebenen miteinander verknüpft. Und es gibt vieles, was wir tun können, um das Gemeinschaftssystem bereits kurzfristig zu verbessern. Es gibt unzählige praktische Mittel, die wir einsetzen können, um Europa schon heute zu verbessern.

Die Kommission hat in ihrem Weißbuch eine ganze Reihe solcher Mittel genannt. Die Neuerungen, die wir vorschlagen, stützen sich auf fünf Grundprinzipien: Offenheit, Teilnahme, Verantwortung, Effizienz und Konsequenz.

*Offenheit* heißt Transparenz bei der täglichen Verwaltung der Europäischen Union und bei der Umsetzung ihrer Politik.

*Teilnahme* aller Beteiligten, insbesondere der Organisationen der Gesellschaft, nicht nur der öffentlichen, der gewählten Amtsträger.

Stärkeres *Verantwortungsbewusstsein* aller europäischen Organe, die sich nur auf ihre Grundziele und spezifischen Kompetenzen konzentrieren sollten. Darüberhinaus sollen sie der Gesellschaft Bewegungs- und Ausdrucksfreiheit gewähren.

Schließlich *Effizienz und Konsequenz* als Richtschnur für die europäische Gesetzgebung und ihre Durchführung. Wenn diese Kriterien beachtet werden, können einfachere und klarere Vorschriften ausgearbeitet werden, die leichter korrekt angewandt werden können.

Die korrekte Befolgung dieser fünf Grundsätze wird zwangsläufig die Anwendung der übrigen Grundprinzipien des Vertrags und unseres Zusammenlebens in Europa erleichtern, die da sind: *Subsidiarität* und *Verhältnismäßigkeit*.

Uns ist daran gelegen, zu hören, was Sie von den Vorschlägen des Weißbuchs halten. Ihre Bemerkungen und Anregungen sind wichtig für uns, weil die Vorschläge zu einem immer stärkeren und immer engeren Einvernehmen zwischen uns und Ihnen, den Lokal- und Regionalbehörden, führen sollen.

Ziel des Weißbuches ist es, europäisches Regieren auf der Basis dauerhafter Verträge zu verbessern.

3.

Gestatten Sie mir aber, kurz den Blick in die Zukunft zu richten, nämlich auf die Revision des Unionsvertrages, die für 2004 vorgesehen ist. Und damit komme ich zum letzten Thema meiner heutigen Ausführungen.

Nach der Erweiterung wird die Europäische Union anders sein als die heutige Union der 15. Sie wird sich nicht auf ein Regelwerk stützen können, das außerordentlich innovativ ist, das aber für eine 6er-Union geschaffen wurde. Chiara Lubich hat in ihrem Referat auf die Anfänge der EU verwiesen, als De Gasperi, Adenauer und Schuman – wie man aus ihren Tagebüchern entnehmen kann – die wichtigsten Dinge am Fenster stehend formlos auf deutsch, das sie alle drei sprachen, beredeten und entschieden. Damals entstanden die Spielregeln der Union, dann denen alle Entscheidungen einstimmig zu erfolgen haben.

Dann ist die Union gewachsen, auf neuen, auf elf, auf 15 Mitglieder. Die Einstimmigkeit hält nicht mehr, und in einer Union mit 27 Mitgliedern ist die Einstimmigkeit nicht einmal mehr denkbar. Deshalb braucht es neue Spielregeln. Das ist die große Herausforderung! Wir brauchen neue Regeln, die allen Staaten gerecht werden, den so genannten großen und den so genannten kleinen. Ich sage so genannten, weil es in meiner Vorstellung von Europa keine großen und kleine kleinen Länder gibt. Es gibt das Europa der Staaten und der Völker, und damit hat es sich.

Es bedarf also einer großen Anstrengung für diese Veränderungen. Wir Europäer sind uns vielfach nicht bewusst, dass wir in unseren Tagen die Zukunft festlegen, dass wir das Gerüst für die Erweiterung schaffen, was eine historische Aufgabe ist. Aber wenn wir die Institutionen nicht anpassen, kann die Erweiterung auch eine Blockade von Europa werden, der Stillstand, oder nicht schlimmer, der Untergang von Europa.

Daher müssen wir überlegen, welche gemeinsame Politiker wir brauchen, und uns Gedanken über eine substanzielle Neuverteilung der Verantwortung und der Zuständigkeiten machen. Um dorthin zu gelangen müssen wir neue Prozesse der Entscheidungsfindung, müssen wir offenere und demokratischere Methoden anwenden.

Der EU-Gipfel von Nizza stellte meiner Meinung nach auch insofern einen Scheidepunkt zwischen dem alten und dem neuen dar, als dort die Grenzen der derzeitigen Methode (= Konsens zwischen den 15 Regierungen) für die Vertragsrevision deutlich zu Tage getreten sind. Aufreibende Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, Entscheidungen mitten in der Nacht, erschöpfte Staats und Regierungschefs ... Und das geschah zu 15! Ich frage mich: wenn wir nichts ändern, was wird passieren, wenn wir 27 sein werden? In einem erweiterten Europa kann man unmöglich so weiter machen. Es ist illusorisch, die Verträge durch Regierungskonferenzen ändern zu wollen. Wir müssen eine bessere Methode finden.

Aus diesem Grund soll vor der nächsten Regierungskonferenz ein *Konvent* stattfinden, ähnlich wie er zur Ausarbeitung der Grundrechtecharta eingesetzt wurde. Dieses Gremium soll aus Vertretern der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments, der Regierungen und der Kommission bestehen, während – und auch das ist innovativ! – die Beitrittskandidaten eingeladen werden sollen, als aktive Beobachter an diesem Konvent teilzunehmen. Sämtliche Sitzungen werden öffentlich sein, um eine wirkliche demokratische Öffnung sicherzustellen.

Der Europäische Rat in Laeken wird im kommenden Dezember [2001] im Einzelnen beschließen, in welcher Form der Konvent tagen und welchen Auftrag er erhalten soll. In Laeken soll auch eine Erklärung verabschiedet werden mit – so hoffe ich – großen Visionen und hohen Zielen für die Zukunft Europas.

Der Europäische Rat wird wahrscheinlich beschließen, den Konvent schon sehr bald einzuberufen, und zwar zu Beginn des kommenden Jahres [2002], d. h. im Halbjahr, in dem Spanien den Vorsitz innehat. Es gibt sehr viel zu tun, und wir dürfen keine Zeit verlieren, wenn die Regierungskonferenz das Kapitel noch vor den nächsten europäischen Wahlen im Juni 2004 schließen soll.

Der Konvent wird sich mit einigen Schlüsselfragen beschäftigen müssen, die auf dem Gipfel von Nizza zu Tage getreten sind, u.a. natürlich mit der Frage der Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Union, eine Frage, die den Ländern mit ausgeprägter bundesstaatlicher Dezentralisierungstradition in ihrem

Inneren zu Recht sehr am Herzen liegt. Aber dieses Problem verweist auf die wirklich zentralen Fragen:

Wozu soll die Union dienen?

Welches sind unsere gemeinsamen Ziele?

Welche Politik braucht die erweiterte Union, um diese Ziele zu erreichen?

Es ist klar, dass es sich dabei nicht um eine akademische Debatte handelt: Es geht vielmehr um unsere Zukunft.

Die europäischen Bürger, die diese Debatte verfolgen werden, erwarten sich von der Regierungskonferenz einen Vertrag, der für sie verständlich ist, den sie auch lieben und sich zu eigen machen können. Einen Vertrag, in dem klar festgelegt wird, was die Europäische Union ist, wozu sie dient, welche Ziele sie verfolgt und welche Werte sie verkörpert. Einen Vertrag, der die Macht an das Volk zurückgibt, der für mehr Demokratie und ordentliche Regierungsführung in der erweiterten Union sorgt.

Über verantwortliches Regieren und über die Vertragsrevision hinaus stehen wir jedoch vor einer letzten Frage, der grundlegenden Frage schlechthin, auf die wir heute eine Antwort suchen müssen: *Was bedeutet es, ein Europäer zu sein?*

Wenn man erreichen will, dass sich die Bürger ihrer Union wirklich verbunden fühlen, dann muss sie Hirn und Herz ansprechen. Europa braucht eine Seele, ein diffuses Gefühl, dass wir eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Geschick haben.

Wir sprechen viele verschiedene Sprachen und darauf müssen wir stolz sein! Ich spreche nur italienisch im Europaparlament, jeder spricht in seiner Sprache, derzeit sind es elf, bald werden es 20 sein, und ich kann verstehen, dass das jene irritiert, die glauben, dass die EU so entstehen muss wie die USA. Aber das ist ja gerade unsere große Herausforderung: Vereinigung in der Vielfalt, nicht jener Schmelztiegel, der der Welt viel gegeben hat, der aber etwas anderes geschaffen hat als das, was uns vorschwebt. Als die USA sich ausgedehnt haben, so war das nach Westen, auf die Berge zu, während sich Europa nach Budapest, nach Prag, nach Warschau hin ausdehnt, das sind Orte, die unsere Zivilisation bereichern werden. Das ist ein großer Unterschied!

Wir sprechen also viele Sprachen, und wir haben verschiedene historische und kulturelle Traditionen, die wir sorgfältig bewahren müssen. Darin liegt das Wesen des künftigen Europas. Europas Seele müssen wir in der Suche nach *Einheit in Vielfalt* finden.

Hierbei können wir viel aus der Geschichte lernen, aus der allgemeinen und aus der Religionsgeschichte. Wir kennen schlechte Beispiele aus unserer Geschichte, aber gerade um diese zu vermeiden, haben unsere Gründerväter diesen neuen Weg eingeschlagen. Damit möchte ich Folgendes sagen: Europas Seele ist unser gemeinsames Erbe an geistlichen Werten, die sich in großartiger Weise in den unzähligen kulturellen Erscheinungsformen auf unserem Kontinent ausdrücken. Seele Europas ist auch ein Gemeinsinn, der die Schwachen schützt. Die Stimme des Wählers wiegt nicht in dem Maß, wie der Euro in seiner Tasche steckt. In unserer Gemeinschaft muss es oberstes Gebot sein, auch jene zu schützen, die über keine Marktmacht verfügen. Auch jene, die kaum etwas zu geben haben, müssen in unserem Europa Schutz finden.

Wir wollen zusammen leben und wir sind dabei, gemeinsam etwas Riskantes aufzubauen, das es in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben hat. Wir vereinigen uns auf friedliche Art und Weise, ohne Diktat von oben, ohne Zentralisierung, unter Wahrung der Besonderheiten aller unserer Völker – wie schön war doch vorhin der Aufmarsch der Schützen: ein lokaler und zugleich ein

europäischer Ausdruck – und im Respekt vor unseren Besonderheiten und im Schutz aller unserer Minderheiten.

Die christlichen Wurzeln Europas und die Aussöhnung der verschiedenen Völker und Religionen, die das Fundament Europas bildet und zugleich das Fundament für Pluralismus, Toleranz und Solidarität: dies sind unsere Grundwerte, auf denen wir unser gemeinsames Haus errichten müssen. Kein Haus, das von Mauern und Stacheldraht umgeben und geschützt ist, sondern ein offenes Haus, in dem Dialog und zivilisierte Auseinandersetzung Aufnahme finden.

Die größte Herausforderung für uns alle besteht heute gerade darin, in den verschiedenen lokalen Gemeinwesen den Sinn für dieses gemeinsame Erbe stärken, das aus gemeinsamen Interessen, Werten und Bestrebungen besteht.

Wir können dies auf verschiedene Weise tun, indem wir alle möglichen Kanäle der Städte und Regionen in den verschiedenen Ländern nutzen. Diese Aufgabe ist von größter Bedeutung.

Die Bürger können die Europäische Union nur dann wirkungsvoll unterstützen und sich nur dann als europäische Bürger mit der Union identifizieren, wenn sie eine klare Vorstellung davon haben, was Europa bedeutet. Nur wenn sie verstehen, wie Europa funktioniert, können sie dem Gemeinschaftssystem vertrauen und darin eine aktive Rolle einnehmen.

Nur wenn klar ist, wer was innerhalb des Systems tut, kann der Bürger die für die jeweiligen Entscheidungen wirklich Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dieses neue offene europäische Haus zu kennen. Die Europäische Union, von Brüssel bis auf Gemeindeebene, muss rechenschaftspflichtig sein und auf die Verantwortung eines jeden von uns bauen.

Lassen Sie uns also gemeinsam diese Union von Herz und Hirn aufbauen, diese menschliche Gemeinschaft, die sich auf eine gemeinsame Identität, ein gemeinsames Geschick, eine gemeinsame Unionsbürgerschaft stützt – und künftig hoffentlich auch auf Geschwisterlichkeit.